



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, 11019 Berlin

An die
Mitglieder des Vorstands des
Gesamtverbands Deutscher Holzhandel e.V.

E-Mail: info@gdholz.de

Scharnhorststr. 34-37
10115 Berlin

Postanschrift:
11019 Berlin

Tel. +49 30 18 615-0

bearbeitet von:
Robert Maier, VIIA1
robert.maier@bmwk.bund.de
www.bmwk.de

Betreff: Ihr Schreiben vom 21.09.2022

Aktenzeichen: S-220926-007

Berlin, 28.09.2022

Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Zumsteg,
sehr geehrte Vorstandsmitglieder,

Bundesminister Dr. Habeck hat mich gebeten, Ihnen für Ihr Schreiben vom 21. September 2022 zu danken. So verständlich Ihre darin zum Ausdruck gebrachten Sorgen sind, so nachvollziehbar sind gerade angesichts außerordentlich hoher Energiekosten auch Ihre Forderungspunkte.

Wie Sie vielleicht wissen, wird die Bundesregierung nach den bisherigen Entlastungsmaßnahmen noch ein drittes umfassendes Entlastungspaket auf den Weg bringen. Geplant ist unter anderem, bereits bestehende Hilfsprogramme für Unternehmen zu erweitern und zu verlängern. Dies gilt auch für das sog. Energiekostendämpfungsprogramm. Zudem ist hier auch eine neue Programmlinie vorgesehen, um mittelständische Unternehmen besser zu unterstützen – und zwar branchenoffen. Die Zuschusskriterien sollen sich an der bisherigen Programmsystematik orientieren, derzufolge der Zuschuss umso höher ausfällt, je stärker die Betroffenheit durch Energiekosten ist.

Zudem soll mittelständischen Unternehmen mit Versorgertarif ein Basisverbrauch zu einem vergünstigten Preis gutgeschrieben werden. Der günstige Basisverbrauch soll finanziert werden, indem krisenbedingte Zufallsgewinne am Strommarkt abgeschöpft werden. Außerdem ist vorgesehen, die Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld zu verlängern. Lassen Sie mich stichwortartig weitere Beispiele für geplante Entlastungsmaßnahmen nennen: etwa die zeitlich befristete Anwendung des ermäßigten Steuersatzes auf den Gasverbrauch, die Verschiebung der CO₂-



Seite 2 von 2

Preiserhöhung und etwa auch die Dämpfung des Anstiegs der Netzentgelte, die Bestandteil der Strompreise sind. Nicht zuletzt wird über die Frage der Einführung eines Gaspreisdeckels beraten. Derzeit arbeitet die Bundesregierung mit Hochdruck an den neuen Programmdetails und treibt die Beratungen und Abstimmungen zum gesamten Entlastungspaket mit dem Ziel voran, betreffende Gesetzgebungsverfahren möglichst rasch abzuschließen.

Was die von Ihnen unter anderem angesprochenen Energiequellen bzw. die Gewährleistung der Energieversorgung anbelangt, so hat die Bundesregierung hierzu schon seit Beginn der Legislaturperiode zahlreiche ineinandergreifende Maßnahmen zur Vorsorge ergriffen – von der Befüllung der Gasspeicher über den Aufbau einer LNG-Infrastruktur bis hin zu Energieeffizienzmaßnahmen. Beispielsweise sind die Gasspeicher derzeit schon mehr gefüllt, als die rechtlich vorgegebenen Speicherziele vorsehen. Unabhängig davon treibt die Bundesregierung den Ausbau erneuerbarer Energien so rasch wie möglich voran, der aber nichtsdestotrotz seine Zeit braucht – Zeit, die vielen Unternehmen angesichts aktueller Schwierigkeiten davonläuft.

Am 28.09.2022 hat das Bundeskabinett zwei wichtige Verordnungen zur weiteren Stärkung der Vorsorge verabschiedet. Das betrifft zum einen die sog. Versorgungsreserve und zum anderen die sog. Netzreserve, die darauf abzielen, vorübergehend mehr Kohlekraftwerke in der Stromerzeugung zu haben und hierfür verwendetes Gas einzusparen. Darüber hinaus hat sich Bundesminister Dr. Habeck mit den Betreibern der Atomkraftwerke Isar 2 und Neckarwestheim auf ein Konzept für eine Einsatzreserve verständigt. Demnach sollen diese Anlagen über das Ende ihrer regulären Laufzeit hinaus noch bis Mitte April 2023 zur Verfügung stehen, um, falls nötig, einen zusätzlichen Beitrag zur Stromversorgung leisten zu können.

Auch wenn ich im Rahmen eines Antwortschreibens nicht auf alle Ihre angeführten Punkte eingehen kann, zumal sie teilweise, was etwa Sozialabgaben anbelangt, auch andere Ressorts betreffen, möchte ich Ihnen jedenfalls versichern, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz nichts unversucht lässt, passende und tragfähige Antworten auf die Herausforderungen dieser Energiepreiskrise zu finden. Dies gilt im Grunde auch mit Blick auf die Daueraufgabe der Vermeidung unnötiger Bürokratie – eine umfassende Aufgabe, der sich das BMWK auch weiterhin intensiv widmet.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag
Robert Maier